

Beschluss:

Wie zu TOP 4. beschlossen wird TOP 21. vor TOP 20. beraten.

Oberbürgermeister Dr. Taurus bringt die Vorlage ein und begründet sie.

Ratsherr Kühl, Ratsherr Döring, Ratsfrau Hartmann und Ratsherr Ruge nehmen jeweils Stellung.

Ratsherr Schaarschmidt bringt einen Änderungs- und Ergänzungsantrag ein (siehe Anlage 1.).

Nach kurzer Aussprache wird über den Antrag von Ratsherrn Schaarschmidt in Einzelabstimmungen entschieden:

Zu Punkt 1 (diverse Stellenstreichungen) wird bei 38 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme (Ratsherr Schaarschmidt) abgelehnt.

Zu Punkt 2 (Vermerk bei allen neuen Planstellen, dass die Besetzung nur nach den tatsächlichen Notwendigkeiten erfolgt und sie wegfallen, wenn der Bedarf nicht mehr besteht) wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD		13	
Die Grünen	1	3	
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch			1
gesamt:	16	22	1

Zu Punkt 3 des Antrags (Information des Haupt-, Sozial-, Jugendhilfe- sowie Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses über aktuelle Veränderungen bei jeder Sitzung) wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD		13	
Die Grünen	1	3	
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch			1

gesamt:	16	22	1
---------	----	----	---

Zu Punkt 4 des Antrags (Information des Haupt-, Sozial-, Jugendhilfe- sowie Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses über Veränderungen aufgrund gesetzlicher Vorgaben bei jeder Sitzung) wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	13		
Die Grünen	1	2	1
BfB	1	2	
FDP			2
Ratsherr Griese			1
Ratsherr Proch			1
gesamt:	30	4	5

Anschließend bringt Ratsherr Döring den Änderungsantrag der SPD-Rathausfraktion ein (siehe Anlage 2. Zu TOP 21.). Da auch hier Einzelabstimmungen vorgenommen werden, begründet er jeden Beschluss kurz separat.

Einzelbeschlüsse mit Bezug „Asylbewerber/ Flüchtlinge“

Zu 1., 2. und 3. Wohnungsverwaltung – FD 61 Stadtplanung und Stadtentwicklung, hier 61.3 Grundstücksverkehr

Beschluss:

Die vorgenannten Stellen werden nicht neu eingerichtet; die Stundenerhöhung erfolgt nicht.

Nach kurzer Aussprache weist die Personalratsvorsitzende Sabine Heidebrecht-Rüge daraufhin, dass auch bei einer Vergabe der Wohnungsverwaltung an Externe gewisse Arbeiten bei der Stadt Neumünster verblieben und bittet ausdrücklich darum, dass die Stellen nicht gänzlich gestrichen werden. Oberbürgermeister Dr. Tauras weist ergänzend daraufhin, dass die Zuweisung der Wohnung an Asylbewerber per Verwaltungsakt erfolgen müsse und somit eine hoheitliche Aufgabe darstelle, die nicht privatisiert werden könne. Daher benötige man hierfür Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Dieser Darstellung wird von einigen Ratsmitgliedern widersprochen.

Dem Antrag wird anschließend mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		

SPD	13		
Die Grünen		4	
BfB	1	2	
FDP	2		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Proch			1
gesamt:	32	6	1

Zu 4. und 5. Soziale Leistungen – FD 50 Soziale Hilfen, hier 50.2 Grundsicherung, Pflege, Senioren

Beschluss:

1. Die Besetzung einer neuen Stelle eines Sozialarbeiters für die Aufgabe „Koordination der Betreuungstätigkeiten durch die Stadtverwaltung“ und der extern vergebenen Betreuungsleistungen wird gesperrt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- a) Eine Aufgabenbeschreibung für diese Stelle mit einer Abgrenzung zu den Aufgaben anderer ähnlicher Stellen und
- b) Eine Organisationsbeschreibung für die sachgebiets- und fachdienstübergreifende Betrauung städtischer Mitarbeiter mit der Aufgabe „Versorgung und Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge in Neumünster“ (einschließlich einer Beschreibung der erforderlichen Zusammenarbeit und deren Kontrolle z.B. durch ein Berichtswesen) vorzulegen.

Die Freigabe der Besetzung der Stelle erfolgt durch die Ratsversammlung nach Vorlage der Aufgaben- und Organisationsbeschreibung.

2. Der beantragten Einrichtung von 2 Oberinspektorstellen für die Hilfestellung wird nur in Höhe von 1,0 Stellen zugestimmt.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	13		
Die Grünen	1	3	
BfB	1	1	1
FDP		2	
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch			1
gesamt:	30	7	2

Zu 6. Personalgewinnung zur Abdeckung von zusätzlichem Personal – FD Zentrale Verwaltung und Personal, hier 10.2 Personal

Beschluss:

Die beantragte Stelle wird im Umfang von 0,5 VZÄ neu eingerichtet.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		15	
SPD	14		
Die Grünen	1	2	
BfB	1	2	
FDP	2		
Ratsherr Griese			1
Ratsherr Proch			1
gesamt:	18	19	2

Zu 7. Koordination ehrenamtlicher Hilfen – FD 03 Dezentrale Steuerungsunterstützung betreffend 1 Beschäftigter

Beschluss:

Die beantragte Stelle wird nicht neu eingerichtet.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	14		
Die Grünen	1	3	
BfB		3	
FDP	2		
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	33	7	

Zu 9. Zusätzliches Personal in der Ausländerbehörde – FD 32 Bürgerservice, öffentliche Sicherheit und Ordnung, hier 32.4 Ausländerangelegenheiten

Beschluss:

Den beantragten neuen Stellen wird im Umfang von 2,0 Oberinspektorstellen zugestimmt.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		15	
SPD	14		
Die Grünen	1	3	
BfB	1	2	
FDP	2		
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch			1
gesamt:	18	21	1

Zu 10. Bürgerbüro, zusätzliches Personal

Beschluss:

Den beantragten Stellen wird im Umfange von 0,5 VZÄ zugestimmt.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		15	
SPD	14		
Die Grünen	1	3	
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch			1
gesamt:	15	24	1

Zu 11., 12. und 13. Zusätzliche neue Stellen (insgesamt 19,5) im ASD

Beschluss:

- 1. Im Bereich „Verwaltung und Jugendhilfe“ werden 4 neue Stellen und im Bereich „Sonderdienst“ werden 4 neue Stellen eingerichtet. Die neuen Stellen werden zeitlich befristet auf 3 Jahre bewilligt.**
- 2. Sollte sich im Laufe dieses Jahres herausstellen, dass der Personalbedarf im fraglichen Bereich auch im Hinblick auf das Jahr 2017 entgegen der Erwar-**

tung tatsächlich nicht ausreichend gedeckt ist, wird die Ratsversammlung die Einrichtung neuer Stellen prüfen und darüber entscheiden.

Dem Antrag wird bei 39 Ja-Stimmen und einer Enthaltung (Ratsherr Proch) zugestimmt.

Einzelbeschlüsse ohne Bezug „Asylbewerber/ Flüchtlinge“

Zu 1. Zusätzliches Personal für den FD 32, hier 32.2 Abteilung Straßenverkehrsangelegenheiten

Ratsherr Döring bittet um Änderung des Punktes 2 dieses Änderungsantrages. Anstelle von „September 2016“ soll es lauten „sechs Monate nach Besetzung der Stelle“.

Beschluss:

- 1. Der Entfristung der vorhandenen Planstelle und der beantragten Einrichtung einer neuen Stelle wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, sechs Monate nach Besetzung der Stelle über die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität im genannten Bereich, über die Fallzahlen, über die Entwicklung der tatsächlichen Personalausstattung sowie darüber zu berichten, ob und ggf. inwieweit die Kosten für den Personalmehrbedarf durch Einnahmen bedeckt sind oder gedeckt sein werden.**

Dem Antrag wird bei einer Enthaltung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	14		
Die Grünen	3		1
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	39		1

Zu 2. Zusätzlicher Baustellenkoordinator im FD 60, hier 60.3

Ratsherr Döring bittet um Änderung des zweiten Satzes dieses Änderungsantrages. Anstelle von „September 2016“ soll es lauten „sechs Monate nach Besetzung der Stelle“.

Beschluss:

Der Einrichtung der neuen Stelle wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, sechs Monate nach Besetzung über die Besetzung der Stelle zu be-

richten und ggf. über erste Tätigkeiten des Stelleninhabers/ der Stelleninhaberin zu berichten.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	14		
Die Grünen		4	
BfB	2	1	
FDP	2		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	35	5	

Zu 3. und 7. Zusätzliches Personal im FD 60, hier 60.2 Hochbau

Beschluss:

**Der Einrichtung der beiden Stellen, eine Stelle befristet, wird zugestimmt. Die Begründung für die Einrichtung geben – auch im Zusammenhang mit der Einrichtung und Besetzung der neuen Stelle des Stadtbaurats – Veranlassung zu einer Untersuchung der organisatorischen und personellen Ausrichtung der Bauverwaltung unter folgender Fragestellung:
Welche Vor- und Nachteile hat eine Umstrukturierung der Bauverwaltung dahin, dass die Stadt sich im Baubereich weitgehend auf die Rolle als Bauherr/ Auftraggeber konzentriert und diese Rolle effizient organisiert, ausstattet und wahrnimmt, andererseits die Planung und Bauleitung von Bauprojekten, jedenfalls von großen und mittleren Neubauprojekten und neubauähnlichen Projekten nicht mit eigenem Personal vornimmt, sondern diese Leitungen fremdvergift?**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine solche Untersuchung zu prüfen und vorzubereiten sowie dafür eine Beratungsvorlage vorzulegen.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	14		
Die Grünen		4	
BfB	2		1
FDP	2		
Ratsherr Griese	1		

Ratsherr Proch	1		
gesamt:	35	4	1

Zu 8. Zusätzliche, auf 1 Jahr befristete Stelle eines Ingenieurs, zur Unterstützung der unteren Denkmalschutzbehörde, FD 63

Beschluss:

**Der Einrichtung der befristeten neuen Stelle wird zugestimmt.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Grundsätze für die Ausübung des gesetzlichen Beurteilungs- und Ermessensspielraums der Denkmalschutzbehörde zu erarbeiten. Dabei gilt, dass der Denkmalschutz sich in jeglicher Hinsicht auf das Notwendige beschränken soll und dass wirtschaftliche Verwertungsinteressen der Eigentümer und Nutzungsberechtigten angemessen zu berücksichtigen sind.**

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	14		
Die Grünen	3	1	
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	38	2	

Abschließend stellt Frau Stadtpräsidentin Schättiger die Vorlage zum 1. Nachtragsstellenplan 2016 in der nun geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der geänderten Vorlage wird bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		
SPD	14		
Die Grünen	3		1
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Griese	1		

Ratsherr Proch			1
gesamt:	38		2